



Jürgen Creutzmann
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

RECHENSCHAFTSBERICHT

2009-2014



INHALT

VORWORT	4
STÄRKUNG DES MITTELSTANDS	6
ALDE-Kampagne für kleine und mittlere Unternehmen.....	6
Unterstützung für KMU in der nächsten Generation der EU-Förderprogramme.....	6
EINSATZ FÜR WENIGER BÜROKRATIE UND MEHR RECHTSSICHERHEIT FÜR UNTERNEHMEN IM BINNENMARKT	8
Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr.....	8
Bessere Anerkennung von Berufsqualifikationen im europäischen Ausland.....	8
Stärkung des Schutzes von geistigem Eigentum.....	9
Mittelstandsfreundlichere Vorschriften und Erhaltung der kommunalen Strukturen bei der öffentlichen Auftrags- und Konzessionsvergabe.....	10
Effektive und praxisnahe Regeln für die Sicherheit von Verbraucherprodukten und Marktüberwachung.....	11
ZU BESUCH IM PARLAMENT	12
IMPRESSIONEN UND BEGEGNUNGEN	13
POLITIK FÜR VERBRAUCHER MIT STARKEN RECHTEN	14
Vereinheitlichung der Verbraucherrechte für den Fernabsatz.....	14
Grenzüberschreitender Verbraucherschutz bei Glücksspielen im Internet.....	14
Erfolg gegen Bevormundung bei der Lebensmittelkennzeichnung.....	15
Günstiger telefonieren durch mehr Wettbewerb im Ausland.....	16
Kostensenkungen durch mehr Energieeffizienz.....	16
Förderung des Breitbandausbaus und Kinderschutz im Internet.....	17
ANHANG: TÄTIGKEIT VON JÜRGEN CREUTZMANN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	18

VORWORT



Jürgen Creutzmann, MdEP, wirtschaftspolitischer Sprecher und Schatzmeister der FDP-Delegation im Europäischen Parlament, Vizepräsident der interfraktionellen Arbeitsgruppe für kleine und mittlere Unternehmen

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Bericht soll Sie über meine Tätigkeiten als FDP-Abgeordneter im Europäischen Parlament informieren und Ihnen einen Einblick in meine Arbeit der letzten fünf Jahre geben.

Bis Februar 2012 war ich Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, wo ich mir schnell den Respekt und die Wertschätzung meiner Kollegen erarbeitete. Anfang 2011 nominierte mich deshalb die ALDE-Fraktion zu ihrem Koordinator für diesen Ausschuss. Als solcher war ich für die Abstimmung innerhalb der liberalen Fraktion verantwortlich und der erste Ansprechpartner für die anderen Fraktionen sowie die Parlamentssverwaltung.

Im Februar 2012, also in etwa zur Halbzeit der Legislaturperiode, erhielt ich das Angebot, in den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie zu wechseln, bin aber als stellvertretendes Mitglied im Binnenmarktausschuss weiterhin sehr aktiv geblieben. Während der gesamten Legislaturperiode bin ich außerdem als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten tätig gewesen.

Meine Ausschussarbeit orientiert sich an drei Grundsätzen:

- Stärkung des Mittelstands
- Einsatz für weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit für Unternehmen im Binnenmarkt
- Politik für mündige Verbraucher mit starken Rechten

In diesem Bericht möchte ich Ihnen mit konkreten Beispielen demonstrieren, wie ich durch meine Arbeit als Europaabgeordneter zur Erreichung dieser Ziele beigetragen habe.

Neben meiner Ausschusstätigkeit mache ich mich für die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen stark. Als Begründer und politischer Koordinator der ALDE-Kampagne zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie als Vizevorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe für KMU („SME Intergroup“) habe ich mich stets dafür eingesetzt, dass die Anliegen von KMU in Straßburg und Brüssel Gehör finden. Um KMU die Suche nach EU-Fördermaßnahmen zu erleichtern, haben ich und mein Team einen praktischen Leitfaden erstellt, der bereits an zahlreiche Unternehmen verteilt wurde und auch auf meiner Internet-Seite kostenlos verfügbar ist.

Zusätzlich zu meinen Aktivitäten im Parlament ist mir der Dialog mit den Bürgern, Verbänden und Unternehmen besonders wichtig - ich nehme häufig als Redner bei Diskussionen, Konferenzen und Informationsveranstaltungen teil. Mit insgesamt 69 parlamentarischen Anfragen an die EU-Kommission, die auf der Internetseite des Europäischen Parlaments veröffentlicht werden, habe ich mich regelmäßig für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft stark gemacht. Zudem habe ich im Rahmen von Besuchergruppen seit 2009 insgesamt mehr als 500 Rheinland-PfälzerInnen in Brüssel und mehr als 2000 in Straßburg empfangen. Außer-

dem pflege ich den Kontakt mit interessierten Bürgern per Email, durch meinen monatlichen Newsletter und über meine persönliche Facebook-Seite.

An dieser Stelle möchte ich noch ein herzliches Danke an all jene aussprechen, die mich in den letzten Jahren unterstützt und zum Erfolg meiner Arbeit beigetragen haben. Dies gilt insbesondere für mein Team in Brüssel, Straßburg und Rheinland-Pfalz, das stets hervorragende Arbeit geleistet und mich über Gebühr unterstützt hat. Ich freue mich über das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde.

Mit liberalen Grüßen

Ihr



Meine Leistungsbilanz

VERFASSTE BERICHTE

4

12.

VERFASSTE STELLUNGNAHMEN

7

7.

ABGEÄNDERTE BERICHTE

146

7.

● Anzahl von 2009 bis 2013

● Rang im Vergleich zwischen 99 deutschen Abgeordneten

Quelle: www.votewatch.eu (Stand: 11.11.2013)



STÄRKUNG DES MITTELSTANDS

ALDE-Kampagne für kleine und mittlere Unternehmen

Als Koordinator der ALDE-Kampagne für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) „Boost SME“ bin ich der erste Ansprechpartner für Mittelstandsthemen in unserer Fraktion. Zudem trage ich als Vizevorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe für KMU („SME Intergroup“) aktiv zu fraktionsübergreifenden Initiativen und Veranstaltungen zugunsten des Mittelstands bei.



In insgesamt drei thematischen Konferenzen in Brüssel, Bukarest und Nürnberg haben wir diskutiert, wie die Rahmenbedingungen für den Mittelstand EU-weit verbessert werden können. Die programmatische Grundlage hierfür lieferte das ALDE-Manifest für eine europäische Mittelstandspolitik. Dementsprechend konzentrierten sich unsere Aktivitäten auf Finanzierung, Bürokratieabbau und die Erschließung neuer Märkte im Ausland.

Die Mitglieder der von mir geleiteten „ALDE-Taskforce für KMU“ und ich nutzten zahlreiche Gelegenheiten, die Forderungen unseres Manifests in unserer parlamentarischen Arbeit umzusetzen, etwa durch Änderungsanträge zu relevanter Gesetzgebung, parlamentarische Anfragen und Entschlüsseungen.

➤ Mehr Informationen zur Kampagne finden Sie unter www.alde.eu/campaigns/sme oder in unserem Blog „ALDE for SME“ unter www.alde4sme.eu.

Unterstützung für KMU in der nächsten Generation der EU-Förderprogramme

Als Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie habe ich die Förderprogramme COSME und Horizont 2020 inhaltlich intensiv begleitet.

COSME ist das Programm für Wettbewerbsfähigkeit von KMU in der Förderperiode 2014-2020.



Das Budget in Höhe von 2,3 Milliarden Euro soll besonders den Zugang von KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten verbessern, um sie in der schwierigen Gründungsphase, aber auch in der anschließenden Wachstumsphase und bei Unternehmensübertragungen zu unterstützen. Angesichts der relativ begrenzten Mittel habe ich mich dafür ausgesprochen, mindestens 60% des Programmbudgets für Finanzinstrumente zu verwenden. Damit haben wir uns durchgesetzt.

Außerdem haben wir erreicht, dass mit dem Programm auch der Bürokratieabbau gefördert werden soll. Insbesondere soll die europäische Gesetzgebung einem „Fitness-Check“ unterzogen werden und künftige Gesetze auf ihre Auswirkungen auf KMU überprüft werden. Auch die Mitgliedstaaten sollen dazu ermutigt werden, ihre nationalen Gesetze einem „KMU-Test“ zu unterziehen. Zu den Zielen des Programms zählen wesentliche Senkungen der durchschnittlichen Dauer einer Unternehmensgründung, der durchschnittlichen Gründungskosten und der durchschnittlichen Dauer der Beantra-





gung nötiger Lizenzen und Genehmigungen.

Weitere von COSME geförderte Maßnahmen betreffen die Förderung der Internationalisierung von KMU (z. B. Beratungsleistungen durch das Enterprise-Europe-Netzwerk) und die Stärkung des Unternehmertums (z. B. Erasmus für Junge Unternehmer). Zudem sollen Informationen über europäische Förderprogramme für KMU besser zugänglich gemacht werden, etwa durch ein einheitliches Internetportal.

Als Berichterstatter hatte ich die verantwortungsvolle Aufgabe, die Position des Europäischen Parlaments federführend zu erarbeiten, Kompromisse mit anderen Fraktionen zu suchen und in den Verhandlungen mit Kommission und Rat die Position des Parlaments zu verteidigen.

Horizont 2020, das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, richtet sich an forschende und innovative KMU. Diese sollen durch vereinfachte Verfahren zur Antragstellung motiviert werden. Wir haben mit Erfolg dafür gekämpft, dass 20% des Gesamtbudgets von rund 77 Milliarden Euro den KMU zugutekommen. Oft sind es nämlich die kleinen Unternehmen, die aufgrund ihrer Flexibilität Pioniere auf dem Gebiet der Technik sind. In einem Brief an Kommissar Tajani habe ich mich gemeinsam mit Kollegen aus der „SME

Intergroup“ für die Einführung eines speziellen „KMU-Instruments“ mit vereinfachten Verfahren und flexiblen Kriterien eingesetzt, das einen festen Prozentsatz des Gesamtbudgets erhalten soll. Hiermit waren wir erfolgreich: Dem KMU-Instrument werden nun 7% des Budgets zugewiesen.



Auf meine Initiative hin sprach sich die ALDE außerdem in einem Brief an Kommissionspräsident Barroso, Ratspräsident Van Rompuy und die irische Ratspräsidentschaft gegen Kürzungen bei diesen beiden Programmen aus. Außerdem galt es zu erreichen, dass Rückzahlungen aus den laufenden Programmen wieder in die Nachfolgeprogramme fließen. Zumindest bei der letzteren Forderung waren wir teilweise erfolgreich. So sollen die zukünftigen Einnahmen aus der Eigenkapitalfazilität des gegenwärtigen Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für COSME verwendet werden. Damit könnte sich das Budget von COSME nochmals um 100.000 bis 200.000 Euro erhöhen.

EINSATZ FÜR WENIGER BÜROKRATIE UND MEHR RECHTSSICHERHEIT FÜR UNTERNEHMEN IM BINNENMARKT

Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Als Berichterstatter der ALDE für die Zahlungsverzugsrichtlinie habe ich erfolgreich dafür gekämpft, dass mächtige Auftraggeber es künftig schwerer haben werden, kleineren Unternehmen unverhältnismäßig lange Zahlungsziele aufzuzwingen. Die neue Richtlinie soll die Begleichung von Rechnungen im Geschäftsverkehr beschleunigen. Verspätete Zahlungen kosten die europäische Volkswirtschaft nach Angaben der Europäischen Kommission jährlich 179 Milliarden Euro und schaden vor allem kleinen und mittleren Unternehmen, bis hin zur Insolvenz.



Künftig müssen Ämter und andere öffentliche Stellen ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen begleichen. Die Zahlungsfrist darf nur in Ausnahmefällen auf bis zu 60 Tage ausgeweitet werden. Die Mitgliedstaaten hatten lange eine absolute Begrenzung auf 60 Tage abgelehnt. Bei Geschäften zwischen Unternehmen gilt grundsätzlich die Vertragsfreiheit. Allerdings sind Zahlungsziele von mehr als 60 Tagen nur noch dann erlaubt, wenn sie ausdrücklich vereinbart werden und nicht grob nachteilig für den Gläubiger sind. Werden die vereinbarten Zahlungsfristen überschritten, so können ohne vorherige Mahnung Beitreibungskosten in Höhe von mindestens 40 Euro und Zinsen in Höhe von mindestens 8 Prozent über dem EZB-Basiszinssatz in Rechnung gestellt werden. Bis zum 16. März 2013 hatten die Mitgliedstaaten Zeit, die neue Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Bessere Anerkennung von Berufsqualifikationen im europäischen Ausland

Gerade während der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, wie wichtig die Mobilität von Berufstätigen in Europa ist: hoher Arbeitslosigkeit in Südeuropa stehen offene Stellen in Deutschland gegenüber. Allerdings scheitern viele nicht nur an den erforderlichen Sprachkenntnissen, sondern auch an Verwaltungshürden bei der Aufnahme einer Berufstätigkeit in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Das Hauptproblem besteht hier in der Anerkennung von Berufsqualifikationen, seien es Ausbildungen oder akademische Abschlüsse.

2005 erfolgte eine erste Regelung dieser Problematik durch die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Diese wurde nun überarbeitet, modernisiert und sinnvoll ergänzt. So kann man Anerkennungsverfahren zukünftig auch online beantragen. Für die verschiedenen Berufsgruppen wird der sogenannte europäische Berufsausweis eingeführt. Dieses elektronische Zertifikat tauschen die Behörden im Heimat- und im Gastland miteinander aus, um Qualifikationen zu vergleichen, was den Verwaltungsaufwand erheblich reduziert.

Zudem wurden die EU-weiten Mindestvoraussetzungen für verschiedene Berufe im Gesundheitsbereich aktualisiert. Erfolgreich abgewendet haben wir hier die Einführung einer Mindestschulzeit von 12 Jahren für Krankenpfleger bzw. -schwestern und Pflegerinnen in Seniorenheimen, die fak-



Bei gut 60 Prozent der von Zollbehörden entdeckten Fälscherware handelt es sich um Transitwaren, also Güter, die über das Zollgebiet der EU von einem Drittland in ein anderes transportiert werden. Selbst wenn offensichtlich Fälschungen vorliegen, sind dem Zoll die Hände gebunden. Denn nach geltender Rechtslage, die 2011 vom Europäischen Gerichtshof bestätigt wurde, dürfen sie die Waren nur dann aus dem Verkehr ziehen, wenn Hinweise auf eine mögliche Umleitung in den Binnenmarkt vorliegen - eine Gesetzeslücke, die leicht von Kriminellen ausgenutzt wird, indem sie fälschlicherweise als „im Transit“ deklarierte Waren in die EU abzweigen. Der Zoll schreitet in der Regel nur dann ein, wenn der betroffene Rechteinhaber Beweise vorlegt.

In ihrem neuen Vorschlag versetzt die EU-Kommission erstmals Markeninhaber in die Lage, gefälschte Transitwaren vom Zoll beschlagnahmen zu lassen. Die Beratungen im Parlament sind noch nicht abgeschlossen und werden sich voraussichtlich bis in die nächste Legislaturperiode erstrecken. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass dieses enorme Schlupfloch für Fälscher gestopft wird.

Mittelstandsfreundlichere Vorschriften und Erhaltung der kommunalen Strukturen bei der öffentlichen Auftrags- und Konzessionsvergabe

Auch die Reform des europäischen Vergaberechts habe ich innerhalb meiner Fraktion federführend begleitet, um die komplizierten EU-weiten Vergabeverfahren unbürokratischer, transparenter und mittelstandsfreundlicher zu gestalten. Außerdem galt es zu verhindern, dass die in Deutschland weit verbreitete interkommunale Zusammenarbeit durch die neuen Vorschriften gefährdet würde. In den Verhandlungen mit Rat und Kommission konnten wir viele unserer Forderungen durchsetzen.

Unser größter Erfolg für KMU war, dass Vergabestellen, wenn sie große Aufträge nicht in kleinere Einheiten (Lose) teilen, dies künftig immer begründen müssen. In Deutschland ist das bereits heute der Fall. Die ALDE war die einzige Fraktion, die sich durchgehend für diese Änderung stark gemacht hat. Andere Verbesserungen insbesondere für KMU umfassen die maximale Begrenzung des verlangten Jahresumsatzes eines Bieters auf den zweifachen Auftragswert, die verpflichtende

Anerkennung von Selbsterklärungen und die Regelung, dass Behörden keine Nachweise verlangen dürfen, die sie sich auch anderweitig beschaffen können, etwa aus Datenbanken in anderen Mitgliedstaaten.

Wir haben erreicht, dass die in Deutschland weit verbreitete Zusammenarbeit von Gemeinden, etwa bei der Straßenreinigung, weiterhin ohne Ausschreibung möglich sein wird. Um größere Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, verlangt die Richtlinie lediglich, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen gemeinsamen, ausschließlich im öffentlichen Interesse liegenden Zielen dient und die beteiligten Stellen weniger als 20% der betreffenden Tätigkeiten auf dem freien Markt erbringen. Diese Bedingungen werden von den in Deutschland bestehenden Formen der interkommunalen Zusammenarbeit erfüllt und sind daher unproblematisch.

Durch den Ausschluss des Wassersektors von der Konzessionsrichtlinie haben wir sichergestellt, dass die bewährten kommunalen Strukturen aufrechterhalten bleiben. Stadtwerke können weiterhin ohne europaweite Ausschreibung die Wasserversorgung für ihre Gemeinden übernehmen und im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit andere Gemeinden beliefern.



Gleichzeitig habe ich kritisiert, dass es in der öffentlichen Diskussion mit irreführenden und falschen Darstellungen Panikmache gab. Denn die Privatisierung der Wasserversorgung war nie das Ziel dieser Richtlinie. Derlei Spekulationen haben wir aber mit dem klaren Ausschluss des Wassersektors endgültig ein Ende gesetzt. Tatsächlich ging es immer und geht es auch weiterhin darum, Unternehmen die Teilnahme an europaweiten Ausschreibungen zu ermöglichen und

Korruption und Vetternwirtschaft einen Riegel vorzuschieben.

Wir haben auch geschafft, Notfall-Rettungsdienste von den Vergaberichtlinien auszunehmen, sofern sie von gemeinnützigen Organisationen wie dem Roten Kreuz erbracht werden. Damit wird sichergestellt, dass die bewährten ehrenamtlichen Strukturen in Deutschland weiter bestehen können. Insbesondere das Flächenland Rheinland-Pfalz ist auf die Erbringung von Rettungsdiensten durch gemeinnützige Organisationen angewiesen. Normale Krankentransporte fallen zwar ab einem Schwellenwert unter die Vergaberichtlinien. Für sie gelten aber die sehr viel flexibleren Vorschriften für „soziale Dienstleistungen“. Damit haben wir ermöglicht, dass Krankentransporte auch in Zukunft von karitativen Organisationen durchgeführt werden können.

Effektive und praxisnahe Regeln für die Sicherheit von Verbraucherprodukten und Marktüberwachung

Als Berichterstatter meiner Fraktion für die Neufassung der Verordnungen über die Sicherheit von Verbraucherprodukten geht es mir vor allem darum, ein Gleichgewicht zwischen hohen Sicherheitsstandards und effektiver Rechtsdurchsetzung einerseits, und den richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen andererseits, zu erzielen. Ziel der Reform sollte eine intelligente Rechtsetzung sein, die wirksam ist, aber Unternehmen und insbesondere KMU so wenig wie möglich belastet. Gleichzeitig beteilige ich mich an den Diskussionen zur verwandten Verordnung über die Marktüberwachung, die ebenfalls überarbeitet wird.

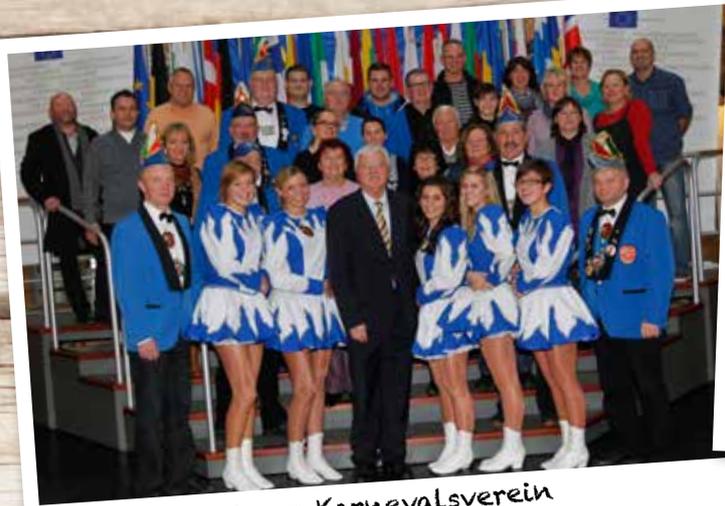
Für beide Verordnungen habe ich Änderungsanträge zu den Gesetzentwürfen der EU-Kommission eingereicht, um Bürokratie abzubauen und die Rechtssicherheit für Unternehmen und Marktüberwachungsbehörden zu erhöhen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Schwerpunkt der Reform nicht auf mehr Belastungen für die Unternehmen, sondern auf einer wirksameren Marktüberwachung liegen sollte. Dies kann beispielsweise durch eine bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten, eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der zuständigen Behörden und abschreckende Strafen gegen schwarze Schafe erreicht werden.

In der Produktsicherheits-VO habe ich insbesondere beantragt, die verpflichtende Ursprungskennzeichnung ersatzlos zu streichen. Denn eine solche Kennzeichnungspflicht hätte keinen Mehrwert für die Sicherheit der Verbraucher oder die Rückverfolgbarkeit von Produkten. Beides ist bereits durch andere Vorschriften gewährleistet. Beispielsweise müssen Hersteller und Importeure bereits auf den Produkten selbst bzw. auf der Verpackung oder dem Beipackzettel ihre Namen und Adressen angeben.

Eine Ursprungsangabe, die den zollrechtlichen Ursprung wiedergibt, ist zudem irreführend für Verbraucher, weil sie sich lediglich auf den Ort der „letzten wesentlichen Be- oder Verarbeitung“ bezieht. Deshalb haben selbst die Verbraucherorganisationen sich gegen den Vorschlag ausgesprochen. Zudem würde die Umsetzung beträchtliche Kosten für Unternehmen und Behörden bedeuten. Schließlich ist es wahrscheinlich, dass viele deutsche Unternehmen ihre Produkte künftig nicht mehr als „Made in Germany“ vermarkten dürften. Denn die Regeln zur Berechnung des zollrechtlichen Ursprungs, die von der EU-Kommission festgelegt werden, vernachlässigen den Anteil an Forschung und Entwicklung, der in vielen Produkten deutscher Hersteller steckt, selbst wenn diese größtenteils in Drittländern gefertigt werden.



ZU BESUCH IM PARLAMENT



Mechtersheimer Karnevalsverein
am 14.12.11 in Straßburg



Soldaten des Spezialpionierbataillons Speyer
am 09.07.13 in Brüssel



Marie-Curie-Oberschule am 13.11.12 in Brüssel



Kurpfalzschule Dannstadt am 20.11.12
in Straßburg



Liedertafel 1903 Dudenhofen
am 22.05.13 in Straßburg

IMPRESSIONEN UND BEGEGNUNGEN



Bürgerforum „Mitreden über Europa“
am 25.02.10 in Koblenz



Eintrag ins Goldene Buch der
Stadt Speyer von EU-Kommissar
Michel Barnier am 10.10.13



Mit BVMW-Präsident
Mario Ohoven am
09.11.10 in Brüssel



Eröffnung der KMU-Kampagne
mit ALDE-Vorsitzendem
Verhofstadt und EU-Kommissar
Tajani am 29.02.12 in Brüssel



Werksbesuch bei L'Oréal
am 14.02.11 in Karlsruhe



Mit Hans-Dietrich
Genscher am 22.05.11
in Dudenhofen



Mit Guido Westerwelle
am 03.11.09 in Brüssel



1. Liberaler Mittelstands-
dialog am 14.02.11
in Hockenheim



Fußballtalk mit Uwe Seeler
am 28.04.10 in Ludwigshafen

POLITIK FÜR MÜNDIGE VERBRAUCHER MIT STARKEN RECHTEN

Vereinheitlichung der Verbraucherrechte für den Fernabsatz

Ein Kernziel für die Liberalen bei der 2011 verabschiedeten Verbraucherrechte-Richtlinie war immer, nur die wichtigsten Aspekte zu regeln, diese dann aber voll zu harmonisieren. Eine EU-weite Harmonisierung der Verbraucherrechte macht vor allem dann Sinn, wenn Käufer und Verkäufer aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten stammen, wie es bei grenzüberschreitenden Fernabsatzgeschäften der Fall ist. In der Verbraucherrechte-Richtlinie haben wir es geschafft, europaweit gleiche Regeln bei Käufen im Internet einzuführen.

Die Verbraucher können sich freuen: sie genießen jetzt überall ein hohes Maß an Schutz, wenn sie im Internet einkaufen, und können sorglos aus dem großen Angebot der deutschen und europäischen Internethändler bestellen. Nun wird es beispielsweise gleiche Widerrufsrechte für alle europäischen Verbraucher geben, einschließlich einheitlicher Fristen für Widerruf und Kostenrückerstattung. Zudem werden Verbraucher künftig gegen Kostenfallen und überzogene Gebühren für Kreditkartenzahlungen im Internet geschützt.

Einheitliche Regeln machen es auch kleinen Unternehmen erheblich einfacher, ihre Waren und Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten. Die liberale Fraktion hat sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, Handwerker und andere Kleinunternehmer vor neuen Verwaltungslasten zu schützen und die neuen Regeln möglichst praxisfreundlich auszugestalten. Beispielsweise wurden für Handwerksdienstleistungen mit einem Wert von unter 200 Euro Ausnahmen geschaffen.



Grenzüberschreitender Verbraucherschutz bei Glücksspielen im Internet

Der immer noch stark wachsende und zum Großteil unregulierte Glücksspielmarkt im Internet hat es für einzelne Länder nahezu unmöglich gemacht, innerhalb ihres Einflussgebiets einen ausreichenden Jugend- und Spielerschutz zu garantieren und gegen illegale Anbieter und Betrug vorzugehen. Es liegt für mich auf der Hand, dass es in dieser Frage einer europäischen Lösung bedarf.



Als Berichterstatter des Parlaments für die Entschließung über Internet-Glücksspiele habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Europaparlament sich im Jahr 2011 erstmals in diesem Bereich für europäische Verbraucherschutzstandards aussprach. Außerdem forderte das Parlament in seiner Entschließung eine konsequentere Durchsetzung von EU-Recht durch die Kommission, um den Missbrauch staatlicher Glücksspielmonopole unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes in einigen Mitgliedstaaten zu unterbinden. Dies betrifft auch Deutschland, dessen Glücksspielstaatsvertrag 2010 vom Europäischen Gerichtshof für europarechtswidrig erklärt wurde.

Nach der Entschließung des Parlaments legte Kommissar Barnier einen zweijährigen Aktionsplan vor, der viele unserer Forderungen aufgreift, aber noch keine gesetzlichen Maßnahmen enthält. Die EU-Kommission hat aber erkannt, dass zumindest eine verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden von Nöten ist. Auf Initiative der Kommission befinden sich Vertreter der europäischen Regulierungsbehörden bereits im regelmäßigen Austausch über mögliche gemeinsame Standards. In Europa bestehen

allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Glücksspielregulierung, die in unterschiedlichen Kulturen und Traditionen begründet sind. Deshalb halte ich eine Vollharmonisierung in diesem Bereich für wenig realistisch. Stattdessen trete ich für eine europäische Richtlinie ein, die Mindeststandards für staatliche Monopole und Lizenzierungsmodelle bezüglich Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung und Maßnahmen gegen illegale Anbieter vorgibt. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip könnten einzelne Länder dann entscheiden, für sich strengere Regelungen einzuführen.

Standards. Beispielsweise forderten wir Mindestanforderungen an technische Standards, Identifizierungssysteme, Alterskontrollen, Warnhinweise, Werbung und die Förderung von freiwilligen Selbstbeschränkungen, um Minderjährige und andere gefährdete Personen zu schützen. Außerdem sollten Glücksspielbetreiber stets dort über eine Zulassung verfügen, wo ihre Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Voraussetzung hierfür muss allerdings sein, dass die Glücksspielgesetzgebung des jeweiligen Mitgliedstaats mit EU-Recht vereinbar ist.



Außerdem hat die Kommission unserer Forderung entsprochen, anhängigen Vertragsverletzungen durch Mitgliedstaaten und vorliegenden Beschwerden verstärkt nachzugehen, sie im Lichte der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einer einheitlichen Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ich begrüße diese Ankündigung, insbesondere weil ich auch den neuen deutschen Glücksspielstaatsvertrag für europarechtswidrig halte, wie ich in den letzten Jahren immer wieder öffentlich betont habe. Problematisch sind hier insbesondere die willkürliche Begrenzung auf 20 Sportwettlizenzen und das Verbot von Kasinospielen im Internet. Ich vertrete die Überzeugung, dass ein lebhafter Wettbewerb zwischen legalen aber regulierten Dienstleistungen förderlich ist, um ein attraktives und sicheres Angebot an Glücksspielen im Internet zu schaffen. Damit wird vermieden, dass Verbraucher auf dubiose ausländische Seiten ausweichen und sich den damit verbundenen Gefahren aussetzen.

In einer weiteren Entschließung, an der ich ebenfalls aktiv mitarbeitete, konkretisierte das Parlament 2012 einige seiner Forderungen bezüglich gemeinsamer Verbraucherschutz-

Erfolg gegen Bevormundung bei der Lebensmittelkennzeichnung

Die liberale Position zum Thema Lebensmittelkennzeichnung ist klar: Verbraucher sollen wissen, was sie essen, aber man darf ihnen nicht vorschreiben, was sie essen sollen. Als Berichterstatter meiner Fraktion für die Stellungnahme des Binnenmarktausschusses zur 2010 verabschiedeten Verordnung über die Lebensmittelkennzeichnung habe ich deshalb für einheitliche europäische Vorgaben plädiert, die das notwendige Maß an Information für Verbraucher garantieren, ohne diese zu bevormunden.

Insbesondere habe ich mich gegen die Forderung der Sozialdemokraten und der Grünen gewehrt, Verbraucherverhalten mit der sogenannten „Ampelkennzeichnung“ lenken zu wollen. Damit würde den Verbrauchern unterstellt, dass sie unfähig seien, eigenverantwortliche Kaufentscheidungen zu treffen. Es kann aber nicht das Ziel der Politik sein, Verbrau-

cher von ihrer Eigenverantwortung und Eltern von der Verantwortung für ihre Kinder zu entbinden.

Die Kennzeichnung wäre zudem irreführend und könnte sogar Fehlernährung fördern: So müssten Butter, Käse und Olivenöl wegen ihres Gehalts an Fett bzw. ungesättigter Fettsäuren rot gekennzeichnet werden. Gleiches gälte für Fruchtsäfte aufgrund ihres natürlichen Zuckergehalts. Minderwertige Lebensmittelimitate und Lebensmittel mit künst-



lichen statt natürlichen Komponenten würden hingegen durch die Ampel bevorzugt. All diese Argumente überzeugten letztlich eine knappe Mehrheit im Plenum, gegen die Ampelkennzeichnung zu stimmen. Das war auch ein Erfolg der Liberalen.

Das zu Grunde liegende Problem ist aus meiner Sicht vielmehr das mangelnde Bewusstsein für gesunde Ernährung bei vielen Verbrauchern. Deshalb verläuft der einzige erfolgversprechende Weg zur Bekämpfung von Übergewicht über Informationskampagnen

Günstiger telefonieren durch mehr Wettbewerb im Ausland

Mehr Wettbewerb auf den nationalen Mobilfunkmärkten hat über die Jahre zu deutlich sinkenden Preisen geführt. Allerdings drohten den Verbrauchern weiterhin gesalzene Rechnungen für Handytelefonate und Netznutzung im Ausland. Das sogenannte Roaming ließen sich die Mobilfunkanbieter über Jahre teuer bezahlen, weit über den tatsächlichen Kosten. Die EU reagierte zunächst mit einer Regulierung der

Preise im Rahmen der ersten beiden Roaming-Richtlinien. Wenig überraschend führte aber die Deckelung der Preise nicht zu mehr Wettbewerb - faktisch kam es zu einer staatlichen Preisfestlegung auf hohem Niveau.

Daher unterstützte die liberale Fraktion im Europäischen Parlament die Kommission in ihrem neuen, marktbasierten Ansatz zur Senkung der Roaming-Gebühren. 2011 schlug die Kommission eine Entkopplung der Roaming-Verträge von den nationalen Mobilfunkverträgen vor. Auf diese Weise kann sich nun jeder Verbraucher vor Auslandsreisen über die günstigsten Anbieter für sein Zielland informieren und diese für diesen Zeitraum frei wählen. Das wird zu mehr Transparenz und damit zu mehr Wettbewerb auf dem Markt führen. Für die Verbraucher bedeutet das sinkende Preise, spürbar besonders bei der mobilen Datennutzung. Bis zur Umsetzung 2015 werden die Verbraucher durch die Preisobergrenzen weiter vor überzogenen Gebühren geschützt.

Kostensenkungen durch mehr Energieeffizienz

Steigende Energiepreise für Privathaushalte und die Wirtschaft werden zunehmend zum Problem. Neben Maßnahmen auf der Erzeugerseite kann auch höhere Energieeffizienz Teil der Lösung sein. Denn je geringer der Energieverbrauch, desto geringer sind letztendlich auch die Kosten für die Verbraucher. Das hat auch die EU erkannt, weshalb 2012 die bestehende Energieeffizienz-Richtlinie von Grund auf überarbeitet wurde.



Alle Maßnahmen zusammen werden bis 2020 zu einer beachtlichen Ersparnis von europaweit 17% führen. Wichtig war uns Liberalen hierbei, dass die EU-Mitgliedstaaten souverän darüber entscheiden können, wie sie diese Ziele erreichen wollen. Denn nicht überall sind die Voraussetzungen dieselben. So variiert das Einsparpotenzial von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat beträchtlich.



Daher haben wir uns auch besonders dafür eingesetzt, dass bereits geleistete Energieeffizienzmaßnahmen, wie die enormen Investitionen in die vorhandene Bausubstanz in Deutschland in den letzten Jahren, angerechnet werden können. Aufgrund der steigenden Grenzkosten für höhere Energieeffizienz wären ansonsten Mitgliedstaaten wie Deutschland für Ihre Vorreiterrolle faktisch bestraft worden.

Erfolge konnten wir zudem bei den Vorgaben für den öffentlichen Sektor erzielen. So hätte eine ursprünglich vorgesehene jährliche Sanierung von 3% des gesamten öffentlichen Baubestandes für die deutschen Kommunen enorme Belastungen bedeutet. Zudem haben wir unser Ziel erreicht, bei der öffentlichen Beschaffung die Kosteneffizienz über den gesamten Lebenszyklus zu betrachten. Anderenfalls hätten energieeffiziente Produkte ohne Rücksicht darauf beschafft werden müssen, ob sich die Zusatzkosten tatsächlich amortisiert hätten.

Förderung des Breitbandausbaus und Kinderschutz im Internet

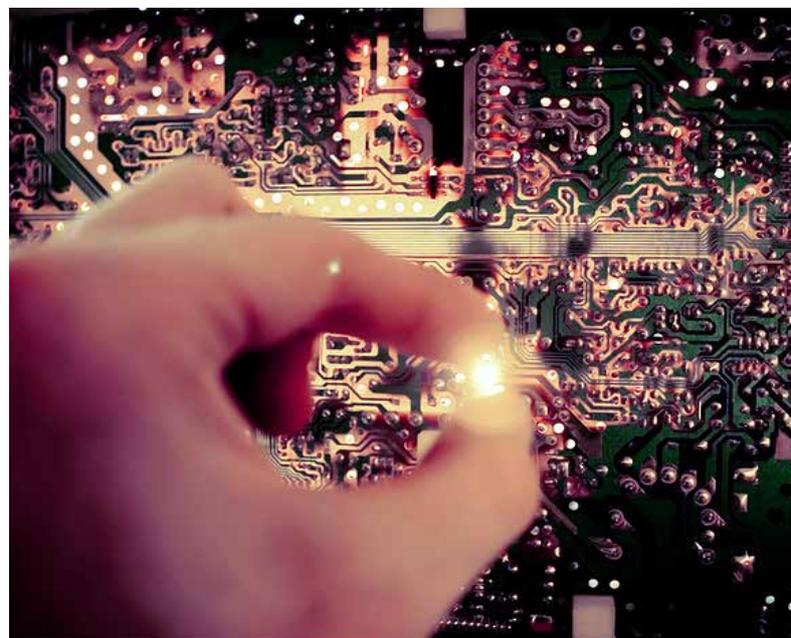
Für die siebenjährige Finanzperiode ab 2014 hat die Europäische Union einen Fördertopf von einer Milliarde für den Ausbau der Breitbandnetze und sogenannter digitaler

Infrastrukturen geschaffen, wie sie z.B. für die grenzüberschreitende Nutzung von elektronischen Ausweisen, die Online-Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungsverfahren oder die elektronische Rechnungsstellung benötigt werden.

Schnelle Internetzugänge sind heutzutage eine der Grundvoraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen. Gerade in ländlichen Regionen mangelt es hieran aber oft, weshalb die EU für solche Projekte Fördermittel bereitstellt. Im Europäischen Parlament haben wir Liberale uns dafür eingesetzt, dass die Gelder kosteneffizient eingesetzt werden. Der Glasfaserausbau in abgelegenen Gegenden ist z.B. nicht immer sinnvoll, zumal dem demographischen Wandel Rechnung getragen werden muss: wir dürfen keine teuren Infrastrukturmaßnahmen fördern, die wenige Jahre später nicht mehr genutzt werden.

Neben den oben genannten Projekten fallen in den Bereich der digitalen Infrastrukturen auch die sogenannten „Safer Internet“-Programme. Diese waren mir ein besonderes Anliegen, da sie im Rahmen der EU-Initiative Klick Safe die Medienkompetenz im Umgang mit dem Internet für Kinder und Jugendliche fördern.

Online lauern viele Gefahren, deren Erkennung gerade den jüngeren Nutzern nicht immer leicht fällt. Das Projekt Klick-Safe wird von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz koordiniert und setzt vor



allem auf Aufklärungskampagnen, die sich sowohl an Kinder und Jugendliche, als auch an Eltern und Pädagogen richtet. In den Gesetzesverhandlungen habe ich mich ausdrücklich für die EU-Förderung eingesetzt, so dass diese erfolgreiche Initiative auch in Zukunft weitergeführt werden kann.

ANHANG: TÄTIGKEIT VON JÜRGEN CREUTZMANN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

2010

Ausschuss	Thema	Funktion	Art	Bericht
EMPL	Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Weiterverbriefungen und aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2009/0099(COD))	Stellungnahme an ECON
EMPL	Vergütung der Mitglieder der Unternehmensleitung börsennotierter Unternehmen und Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2010/2009(INI))	Stellungnahme an ECON
IMCO	Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2009/0054(COD))	Bericht (federführend)
IMCO	EWR-Schweiz: Schwierigkeiten bei der umfassenden Verwirklichung des Binnenmarktes	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2009/2176(INI))	Bericht (federführend)
IMCO	Vollendung des Binnenmarktes für den elektronischen Handel	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2010/2012(INI))	Bericht (federführend)
IMCO	Verbesserung der Economic Governance und des Stabilitätsrahmens in der Union, vor allem im Euroraum	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2010/2099(INI))	Stellungnahme an ECON
IMCO	Information der Verbraucher über Lebensmittel	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2008/0028(COD))	Stellungnahme an ENVI
IMCO	Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2009/0076(COD))	Stellungnahme an ENVI
IMCO	Überarbeitung der Innovationspolitik der Gemeinschaft in einer Welt im Wandel	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2009/2227(INI))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Internet der Dinge	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2009/2224(INI))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Die Verknüpfung von Unternehmensregistern	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2010/2055(INI))	Stellungnahme an JURI

Ausschuss	Thema	Funktion	Art	Bericht
EMPL	Governance und Partnerschaft im Binnenmarkt	Verfasser der Stellungnahme	Parl. Entschließung (2010/2289(INI))	Stellungnahme an IMCO
EMPL	Halbzeitüberprüfung der Strategie der Europäischen Union für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007–2012	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2011/2147(INI))	Bericht (federführend)
EMPL	Reform der EU-Wirtschaftsregierung	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/0280(COD))	Stellungnahme an ECON
EMPL	Verfahren der gegenseitigen Evaluierung im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2011/2085(INI))	Stellungnahme an IMCO
EMPL	Ein Binnenmarkt für Unternehmen und Wachstum	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2277(INI))	Stellungnahme an IMCO
IMCO	Online-Glücksspiele im Binnenmarkt	Berichterstatter des Parlaments	Parl. Entschließung (2011/2084(INI))	Bericht (federführend)
IMCO	Das europäische Kino im digitalen Zeitalter	Verfasser der Stellungnahme	Parl. Entschließung (2010/2306(INI))	Stellungnahme an CULT
IMCO	Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung	Berichterstatter des Parlaments	Parl. Entschließung (2010/2095(INI))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Europäische Tourismus-Strategie	Verfasser der Stellungnahme	Parl. Entschließung (2010/2206(INI))	Stellungnahme an TRAN
IMCO	Binnenmarkt für die europäischen Bürger	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2278(INI))	Bericht (federführend)
IMCO	Produktsicherheits- und Marktüberwachungspaket	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2085(INI))	Bericht (federführend)
IMCO	Unternehmensführung in Finanzinstituten und Vergütungspolitiken	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2303(INI))	Stellungnahme an ECON
IMCO	Reform der EU-Beihilfavorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2011/2146(INI))	Stellungnahme an ECON
IMCO	Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2011/2071(INI))	Stellungnahme an ECON
IMCO	Verwendung von Phosphaten und anderen Phosphorverbindungen	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2010/0298(COD))	Stellungnahme an ENVI
IMCO	Festlegung eines fünfjährigen Programms für die Frequenzpolitik	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2016(INI))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Innovationsunion: Europa umgestalten für eine Welt nach der Krise	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2245(INI))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Gewährleistung unabhängiger Folgenabschätzungen	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2010/2016(INI))	Stellungnahme an JURI
IMCO	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (HABM)	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2011/0135(COD))	Stellungnahme an JURI
IMCO	Kollektiver Rechtsschutz: Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz	Schattenberichterstatter	Parl. Entschließung (2011/2089(INI))	Stellungnahme an JURI

Ausschuss	Thema	Funktion	Art	Bericht
IMCO	Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden	Berichterstatter des Parlaments	Verordnung (2011/0137(COD))	Bericht (federführend)
IMCO	Angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2012/2234(INI))	Stellungnahme an EMPL
IMCO	Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2011/0187(COD))	Stellungnahme an ITRE
ITRE	Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) 2014-2020	Berichterstatter des Parlaments	Verordnung (2011/0394(COD))	Bericht (federführend)
ITRE	Attraktivität von Investitionen in Europa	Verfasser der Stellungnahme	Parl. EntschlieÙung (2011/2288(INI))	Stellungnahme an ECON
ITRE	Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse	Verfasser der Stellungnahme	Richtlinie (2011/0389(COD))	Stellungnahme an JURI
ITRE	Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten im Energiebereich	Berichterstatter der ALDE	Entscheidung (2011/0238(COD))	Bericht (federführend)
ITRE	Schutz kritischer digitaler Systeme	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2011/2284(INI))	Bericht (federführend)
ITRE	Infrastrukturfinanzierung durch Projektanleihen	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2011/0301(COD))	Stellungnahme an BUDG
ITRE	Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020	Schattenbericht-erstatter	Verordnung (2011/0177(APP))	Stellungnahme an BUDG
ITRE	Vollendung des digitalen Binnenmarkts	Schattenbericht-erstatter	Parl. EntschlieÙung (2012/2030(INI))	Stellungnahme an IMCO

Ausschuss	Thema	Funktion	Art	Bericht
EMPL	Grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und transnationaler sozialer Dialog	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2012/2292(INI))	Bericht (federföhrend)
EMPL	Europäischer Aktionsplan für den Einzelhandel zum Nutzen aller Beteiligten	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2013/2093(INI))	Stellungnahme an IMCO
EMPL	Integrierter Paketzustellungsmarkt für das Wachstum des elektronischen Handels in der EU	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2013/2043(INI))	Stellungnahme an IMCO
EMPL	Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung	Stellungnahme an ENVI
EMPL	Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für das öffentliche Beschaffungswesen	Berichterstatter der ALDE	Verordnung 2012/0060(COD)	Stellungnahme an INTA
IMCO	Audiovisuelle Mediendienste – Umsetzungsbericht	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2012/2132(INI))	Stellungnahme an CULT
IMCO	Öffentliche Auftragsvergabe	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2012/0060(COD))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2011/0284(COD))	Stellungnahme an JURI
IMCO	Online-Glücksspiele im Binnenmarkt	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2011/2084(INI))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Integrierter Paketzustellungsmarkt für das Wachstum des elektronischen Handels in der EU	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2013/2043(INI))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2011/0438(COD))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Vergabe von Konzessionsverträgen	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2011/0437(COD))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Sicherheit von Verbraucherprodukten	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2013/0049(COD))	Bericht (federföhrend)
IMCO	Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2012/0146(COD))	Stellungnahme an ITRE
IMCO	Handelsmarken	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie/ Verordnung (2013/0089(COD))	Stellungnahme an JURI
ITRE	Aktionsplan Unternehmertum 2020: Wiederbelebung des Unternehmertums in Europa	Berichterstatter der ALDE	Parl. EntschlieÙung (2013/2532(RSP))	Bericht (federföhrend)
ITRE	Transeuropäische Netze: Leitlinien für den Aufbau des transeuropäischen Telekommunikationsnetzes	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2011/0299(COD))	Bericht (federföhrend)
ITRE	Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt	Berichterstatter der ALDE	Verordnung (2012/0146(COD))	Bericht (federföhrend)
ITRE	Die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2012/0180(COD))	Stellungnahme an JURI

Ausschuss	Thema	Funktion	Art	Bericht
ITRE	Offenlegung nicht-finanzieller Informationen durch bestimmte Großunternehmen und -gruppen	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2013/0110(COD))	Stellungnahme an JURI
ITRE	Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2013/0027(COD))	Stellungnahme an IMCO
ITRE	Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2012/0366(COD))	Stellungnahme an ENVI
ITRE	Kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für die Online-Nutzung von Rechten an Musikwerken im Binnenmarkt	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2012/0180(COD))	Stellungnahme an JURI
ITRE	Sicherheit von Verbraucherprodukten	Berichterstatter der ALDE	Richtlinie (2013/0049(COD))	Stellungnahme an IMCO
ITRE	Beitrag der EU für ein günstiges Umfeld für Unternehmen, Geschäfte und Neugründungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen	Berichterstatter der ALDE	Parl. Entschließung (2013/2176(INI))	Stellungnahme an EMPL

Ausschüsse

EMPL	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
IMCO	Binnenmarkt und Verbraucherschutz
ITRE	Industrie, Forschung und Energie
ECON	Wirtschaft und Währung
ENVI	Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
JURI	Recht
TRAN	Verkehr und Fremdenverkehr
BUDG	Haushalt
CULT	Kultur und Bildung

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Jürgen Creutzmann, MdEP

ASP 10 G 107, 60 rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Telefon: +32 2 28 45575, Fax: +32 2 28 49575

E-Mail: jurgen.creutzmann@ep.europa.eu

MEIN WAHLKREISBÜRO

Von-Galen-Straße 7, D-67373 Dudenhofen

Telefon: +49 6232 93713, Fax: +49 6232 65020

LAYOUT & PRODUKTION

POLITIKDESIGNER UG

Planckstraße 13, D-22765 Hamburg

E-Mail: mail@politikdesigner.de

www.politikdesigner.de

BILDNACHWEISE

Seite 6: photocase.de / C-PROMO.de

Seite 8 unten: fotolia.com / Alexander Raths

Seite 9 oben: photocase.de / kallejipp

Seite 10: photocase.de / pablo-escobar

Seite 14 unten: photocase.de / soulcore

Seite 16 oben: photocase.de / fiedelpix

Seite 17 unten: photocase.de / seraph

alle Weiteren: Europäische Union

” *Jürgen Creutzmann ist ein hochkompetenter und respektierter Parlamentarier.*



MICHEL BARNIER, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen,
zitiert in der RHEINPFALZ, 11.10.2013

” *Herr Creutzmann ist ein Experte auf seinem Gebiet, der sich außerordentlich engagiert für seine Überzeugungen einsetzt und dennoch kompromissbereit ist. Dies zeigte sich besonders bei seiner Arbeit als Berichterstatter für das COSME-Programm, wo er hervorragende Arbeit im Interesse des europäischen Mittelstands leistete.*



AMALIA SARTORI, Vorsitzende des Industrie-Ausschusses
im Europäischen Parlament

” *Jürgen Creutzmann ist ein besonders aktiver und einflussreicher Partner im Binnenmarkt-Ausschuss, dem ich vorsitze. Er war ein wichtiger Akteur bei der umfassenden Reform des Rechtsrahmens für die öffentliche Auftragsvergabe in der EU und hat entscheidend dazu beigetragen, dass diese ein großer Erfolg wurde. Jürgen war ein exzellenter Verhandlungsführer in den Beratungen über ein neues Gesetz zur Stärkung der Zollbehörden im Kampf gegen Produktfälschungen.*



MALCOLM HARBOUR, Vorsitzender des Binnenmarkt-Ausschusses
im Europäischen Parlament

” *Jürgen Creutzmann ist ein toller Kollege – immer bereit, auch über Parteigrenzen hinweg Gemeinsamkeiten auszuloten, und offen für neue Ideen. Wir haben während des gesamten Mandats sehr gut zusammengearbeitet, um für kleine und mittlere Unternehmen Erleichterungen zu schaffen.*



ANNA MARIA CORAZZA BILDT, Mitglied des Binnenmarkt-Ausschusses
im Europäischen Parlament

” *Jürgen Creutzmann ist der Experte für liberale Mittelstandspolitik. Er arbeitet hart und ist ein freundlicher Kollege, der in der ALDE-Fraktion sehr geschätzt wird.*



GUY VERHOFSTADT, Fraktionsvorsitzender der ALDE
im Europäischen Parlament